Weltmarkt. Daher Abbau der Zölle und beschleunigten Ausbau des Handelsvertragssystems.

Verbot der Ueberstundenarbeit bei herrschender Arbeitslosigkeit. Restlose Durchführung des Achtstundentages, weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen.

Abbau der Massenbelastung, stärkere Heranziehung der Besitzenden zu den Leistungen für den Staat.

Erweiterung der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf allen Gebieten der Volkswohlfahrt insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge.

Das sind die Forderungen, die die Sozialdemokratie zur Beseitigung der Wirtschaftskrise und zur Hebung der Volkswohlfahrt aufstellt.

*

3 Millionen Arbeitslose

Schönfärberei trotz steigender Not

Hunger und Not schleichen durch die Gassen, die Regierung aber bringt es fertig, den erschütternden Ernst der Arbeitsmarktlage schönzufärben. Der neue Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis zum 31. August zeichnet sich durch eine auffallende Leisetreterei aus. Der Bericht ist ganz offenkundig für die Wahlen zurechtgemacht. Er versucht das Grauen zu mildern und zu verschleiern. Er verdeckt und verheimlicht böse Dinge. Die amtliche Schönfärberei sieht folgendermaßen aus:

„Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung hält sich mit rund 11 000 Köpfen in den Grenzen der vorjährigen Bewegung, allerdings bei doppelt so hoher Belastung der Versicherung. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um etwa 20 000 gestiegen. Damit hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstützten erreicht.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden ist ebenfalls weiter gestiegen. Nach Abzug derjenigen, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, mußten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden — einschließlich der üblichen Fluktuation des Marktes und eines gewissen Bestandteiles Erwerbsbeschränkter — am 31. August rund 2 873 000 als arbeitslos gelten. Das Anwachsen dieser Zahl, die während der ersten Hälfte des Monats um etwa 80 000 gestiegen war, ist langsamer geworden; es belief sich in der zweiten Hälfte nur auf etwa 28 000. Im ganzen ist der Arbeitsmarkt während der Berichtszeit etwas stärker in Bewegung geraten. In einzelnen Bezirken von Berufsgruppen war eine leichte Besserung der Vermittlungsmöglichkeiten zu verzeichnen, denen jedoch neue Entlassungen überwiegend gegenüberstehen. An der Erhöhung der Zahl der Krisenunterstützten sind alle Landesarbeitsämter beteiligt. Dagegen haben die Bezirke Brandenburg, Schlesien, Nordmark und Sachsen einen Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung zu verzeichnen. Ebenfalls in Schlesien und in Brandenburg, außerdem in Bayern, hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden etwas verringert, während sie in den Bezirken Nordmark und Sachsen ebenso wie bei den anderen Landesarbeitsämtern gestiegen ist."

Soweit der amtliche Bericht — soweit die offizielle Schönfärberei. Warum solch vornehme Zurückhaltung vor der grauenvollen Not, deren Zunahme alle Welt sieht, nur anscheinend die Regierung Brüning nicht. Sie sieht eine Besserung der Arbeitsmarktlage, eine „Bewegung" auf dem Arbeitsmarkt, und wie hypnotisiert starrt sie auf die Punkte, wo die Zahl der Arbeitsuchenden ein klein wenig zurückgegangen ist. Sie sieht nichts von der fürchterlichen Zunahme der Aussteuerung und von der Zunahme der Arbeitsuchenden infolge der neuerdings wieder wie toll einsetzenden Entlassungen. Die Regierung Brüning ist großzügig. Sie kann sich mit den 8000 Aussteuerungen, mit denen wir jetzt pro Tag zu rechnen haben, nicht lange aufhalten. Ihr zittert nicht das Herz angesichts der Tatsache, daß rund eine halbe Million Arbeitslose ohne Unterstützung dahin vegetieren. Diese Tatsachen des Grauens und Entsetzens sieht die Regierung nicht. Statt dessen macht sie viel Aufhebens von ganz vereinzelten Belebungserscheinungen, obwohl die Zahl der Arbeitslosen im Steigen begriffen ist. Die Gesamtbilanz ist so grausig, daß alle Vertuschungskünste lächerlich erscheinen müssen. Von 2,9 Millionen Arbeitslosen sind nur rund 1,95 Millionen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung. Wie aber steht es mit der restlichen Million? Vielleicht unterstützen die Städte davon mit Ach und Krach eine halbe Million. Die Frage ist aber: Wie lange noch? Schon sind verschiedene Gemeinden mitten im Bankrott. Das Heer der unglücklichen Opfer der Arbeitsmarktkrise, die ohne jede Unterstützung sind, nimmt von Tag zu Tag erschreckend zu.

Im Dienste der Menschheit gestorben. Der englische Arbeiterabgeordnete William Mc Kinder ist einer Infektion (Ansteckung) erlegen, die er sich als Mitglied des Ausschusses zur Bekämpfung des Milzbrandes bei Versuchen zugezogen hat. Er war ein treuer Sozialist.

Minderheitsschutz vor dem Rat

T. **Genf**, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat nahm am Dienstag zunächst den Bericht der Ständigen Mandatskommission über die Verwaltung von sechs Mandatsgebieten entgegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Reichsaußenminister Curtius begrüßte das „größte Interesse der deutschen Regierung" an den ehemaligen deutschen Kolonien Tanganjika und Südwestafrika. Er warte indessen eine spätere Gelegenheit zur Aussprache ab und habe daher vorläufig nichts gegen den Bericht einzuwenden.

Die Aenderung der Danziger Verfassung wurde nach dem Vorschlag des Berichterstatters Henderson bedenkenlos zur Kenntnis genommen. Das von dem Danziger Volkstag zweimal mit Zweidrittelmehrheit angenommene Gesetz kann nun mehr verkündet werden. Es sieht vor, daß die Zahl der Senatoren von 22 auf 12, die der Abgeordneten des Volkstages von 72 auf 72 herabgesetzt und das System der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle Senatoren eingeführt wird.

Die Erledigung der drei oberschlesischen Minderheitsbeschwerden führte zu einem Erfolg Deutschlands. Der deutsche Rechtsanwalt Ochmann ist von Polen wieder zugelassen worden. Die 32 von der Direktion der polnischen Knappschaftskrankenkasse entlassenen deutschen Aerzte sollen, soweit die polnische Regierung dafür in Frage kommt, wieder eingestellt werden. Schließlich war der Rat einverstanden mit dem inzwischen in Verhandlungen erreichten Verfahren bei der Einschulung von Kindern der deutschsprachigen Minderheiten.

Die Bombenverbrecher konstruierten sich ein „Recht, zu töten"

NW. **Altona**, 9. September. (Eig. Bericht.) Im Altonaer Bombenlegerprozeß wurde als Zeuge Rechtsanwalt Dr. Strauß aus Lüneburg, der Nebenkläger ist, vernommen. Er berichtete von den Schäden, die die an seinem Haus zur Explosion gebrachte Bombe angerichtet hat. Der Zeuge will bei dem Attentat sofort an Volck gedacht haben. Als Motiv des verübten Anschlags bezeichnete er die Wut der Völkischen darüber, daß Republikaner, früherer Reichsbannermann und Jude sei. — Nach den Bekundungen des als Zeugen vernommenen Bauunternehmergeschäftsführers Gellert ist besonders interessant, daß in öffentlichen Versammlungen der Angeklagte Becker erklärt habe, angesichts der Not der Landwirtschaft durchaus

„ein Notwehrrecht bestände, zu töten".

In diesem Zusammenhang sollen auch die Namen Grzesinski und Braun genannt worden sein.

Segen oder Fluch?

In den Jubel, der in Frankreich über den gelungenen Ozeanflug nach Amerika herrscht — übrigens viel weniger chauvinistisch aufgebauscht als in ähnlichen Fällen in Deutschland —, gießt der Genosse Paul Faure im Pariser „Populaire" einen Wermutstropfen durch diese kritische Betrachtung:

Man möchte sich so gern aus ganzem Herzen freuen über die neue Heldentat, die zwei französische Flieger soeben vollbracht haben, als sie in wenigen Stunden die Weiten überwältigten, die die Alte von der Neuen Welt trennen. „Ein Band mehr zwischen den Völkern", sagte gestern der Populaire in seiner Glosse.

Zweifellos. Hoffen wir's. Aber unter kapitalistischem Regime fällt gewöhnlich ein Schatten auf das Bild, und der Fortschritt kann nicht immer auf die Aktivseite der die Menschheit beglückenden Dinge gebucht werden.

Zwischen den Händen der kapitalistischen Regierungen und ihrer Generalstäbe läuft das Flugwesen Gefahr, nicht ein Element der Kultur, sondern eine Zerstörungskraft ohnegleichen zu werden, wie wir deren Anfänge bereits erlebt haben.

Gerade in diesen Tagen hat man in Lyon Verteidigungsversuche gegen Flugzeuge unternommen. Die Resultate sind erbaulich gewesen! Nichts zu machen, unmöglich, den Flug über unsere Hauptstadt im Südwesten zu verhindern! Unsere Militärs, die Leute praktischen Geistes sind, haben daraus auf die Notwendigkeit geschlossen, die Stadt im Kriegsfall zu evakuieren. Man wird, denke ich mir, ebenso Nizza, Grenoble, Marseille, Avignon ... und was weiß ich noch alles evakuieren.

Der Flug Paris—Neuyork unterstreicht zur rechten Zeit, daß es keine Entfernungen mehr gibt, und daß die deutsche Fliegerei in wenigen Tagen alle unsere Städte von Lille bis Marseille auf der Route über Paris vernichten und alle ihre Einwohner vom Leben ins Massengrab befördern könnte. Man wird, sagen die Strategen, evakuieren. Sie haben noch nicht die Zeit gehabt, uns zu erklären, wohin dann mit der Bevölkerung. Man kann nicht an alles zugleich denken.

Die Wissenschaft und den Fortschritt in den Händen des Kapitalismus lassen, das heißt, einen Verrückten am Steuer eines Automobils auf die großen Boulevards zu lassen.

Man fährt todsicher in eine Katastrophe hinein.

Das Flugzeug, das das Blau des Himmels durchschneidet und die Ozeane überfliegt, das Flugzeug, das wir mit unserem enthusiastischen Schrei grüßen, wird morgen alles zerstören, was der Mensch seit Jahrhunderten aufgebaut hat, wird zerstören den Menschen selbst.

Der hervorragende Chemiker, dessen fruchtbringende Arbeit wir ehren, muß zusehen, wie seine Entdeckungen dem allgemeinen Massaker dienen.

Wenn die moderne Gesellschaft den Fortschritt der Wissenschaft, das Genie seiner Gelehrten, den Mut seiner Helden dazu benutzen will, das Leben zu verschönern und die Kultur zu fördern, so muß sie unverzüglich den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzen — das heißt der Ausbeutung des proletarisierten Menschen, dem Militarismus, dem Imperialismus und dem Krieg ein Ende machen durch die Umwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum, an seine Stelle setzen eine menschliche und vernünftige Organisation der Produktion und so den Frieden der Welt bereiten.

Die englische Arbeitslosigkeit steigt. Die englische Regierung gibt bekannt: Zur Zeit sind 2 060 444 Menschen erwerbslos; 1 511 943 Männer und 548 501 Frauen. Das bedeutet gegenüber der Erwerbslosenziffer am 1. September 1929 eine Zunahme von 908 184 Personen. In Beschäftigung stehen in England zur Zeit 9 548 600 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Je näher die Wahl rückt ...

... desto enger schließt sich die Bürgerfront zusammen!

Das warnende Beispiel

Italienische Reiseeindrücke

Ein Leser unseres Blattes, der dieser Tage aus Italien zurückkehrte, gibt nachstehend seine Eindrücke wieder.

Italien — das Land, „wohin die Sehnsucht jeden Deutschen zieht" ... Der eine hat eine unbestimmte Vorstellung von Freiheit, Sonne und gelobtem Land bei diesem Namen, der andere denkt: „Das ist ein Vorbild — Mussolini!" Vier Wochen habe ich diesen Mussolini-Staat genießen können, und zwar nicht als Fremder in den üblichen Touristenorten, sondern als Gast einer italienischen Familie in einer typisch italienischen Stadt, ein Kuraufenthalt, den ich all denen wünsche, die immer nur auf Deutschland und seine Verfassung schimpfen. Denn erst an diesem Gegensatz kann man wirklich erkennen, wieviel wir durch den verlorenen Krieg doch auch gewonnen, wieviel wir durch Not und Inflation gelernt haben. Vor allem, wie frei wir sind gegen diese Diktatur mit dem Grundsatz: das Volk soll zwangsweise erzogen werden. Da darf weder die Zeitung noch der einzelne Mensch frei seine Meinung äußern, selbst Fremden wird auf politisch-soziale Fragen nur halblaut und vorsichtig geantwortet. Da muß in jedem Büro, jeder Fabrik ein Bild Mussolinis hängen; in jedem Hausflur ist einer seiner Aufrufe anzuschlagen; jeder, der ein öffentliches Amt bekleidet, muß Mitglied der faschistischen Partei sein und sein Abzeichen stets im Knopfloch tragen. Ist irgendein Gedenktag, so sind die faschistischen Liktorenbündel an den öffentlichen Gebäuden bengalisch zu beleuchten. Da darf man nicht über die Gebirgspässe wandern und in der Nähe der Grenze nicht photographieren. Einen Auslandspaß bekommt der Italiener nur nach langem Warten und gegen viel Geld.

Da darf man nicht im Sporthemd in der Straßenbahn fahren, muß immer mit einem Jackett bekleidet sein, da muß man im Kino aufstehen, wenn die Musik während der Wochenschau, die meist nichts als eine militaristische Propaganda ist, einen Nationalmarsch intoniert. Sogar in der eigenen Wohnung hat man abendlich 12 Uhr die faschistische Hymne stehend anzuhören und die meisten sind so gut gedrillt, daß sie schon ganz selbst bei der Musik aufstehen, selbst wenn es keiner sieht.

Die Straßen, Bahnhöfe, Züge strotzen vom Militär. Schöne Uniformen machen das Handwerk schmackhafter, bei dem es während der Zwangsdienstzeit für etwa 9 Pf. Tagessold gibt. Daß es in Deutschland keine Wehrpflicht mehr gibt, davon wissen sie ebensowenig wie vom Frauenwahlrecht. So etwas steht nicht in ihren Zeitungen, die berichten nur, was für ihre Ideen paßt und — natürlich — vom Düsseldorfer Massenmörder oder dem Lüneburger Kindersterben. Der Maßstab zur Menschenbeurteilung: Rang, Titel, Einkommen, Vermögen. „Besitz" haben eben nicht in einer Inflation gelernt, daß „Besitz" relativ werden kann, und daß es weniger auf die Stellung als auf den Menschen ankommt, den keine Arbeit schänden kann.

Einem Deutschen erscheint das alles, als sei die Zeitgeschichte um 15 Jahre stehengeblieben, in der Zeit des Kriegsbeginns, und er erkennt erst jetzt, um wieviel wir inzwischen vorwärtsgeschritten sind, wie trotz Steuern und Arbeitslosigkeit — die dort übrigens ebenso beträchtlich sind — wir eins gewonnen haben: persönliche Freiheit. Daß wir frei eine Meinung bilden und frei seine Stimme abgeben, frei sprechen und schreiben kann. Daß es niemand „scandaloso" anzeigt, wenn ich in der Badehose im Garten arbeite. Vor allem: daß niemand gezwungen ist, Waffendienst, zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Alles im Lande ist diese Entwicklung kaum merkbar, kommen, sobald man aber einmal sein Vaterland sozusagen „von außen her" sieht, geht einem diese Erkenntnis auf, man weiß, daß der eingeschlagene Weg der richtigere, menschenwürdigere ist und wir unsere Freiheit, das einzige, das wir gewonnen haben, all der Not — nicht eintauschen wollen gegen eine Zwangserziehungsdiktatur.

H. V.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300910/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG